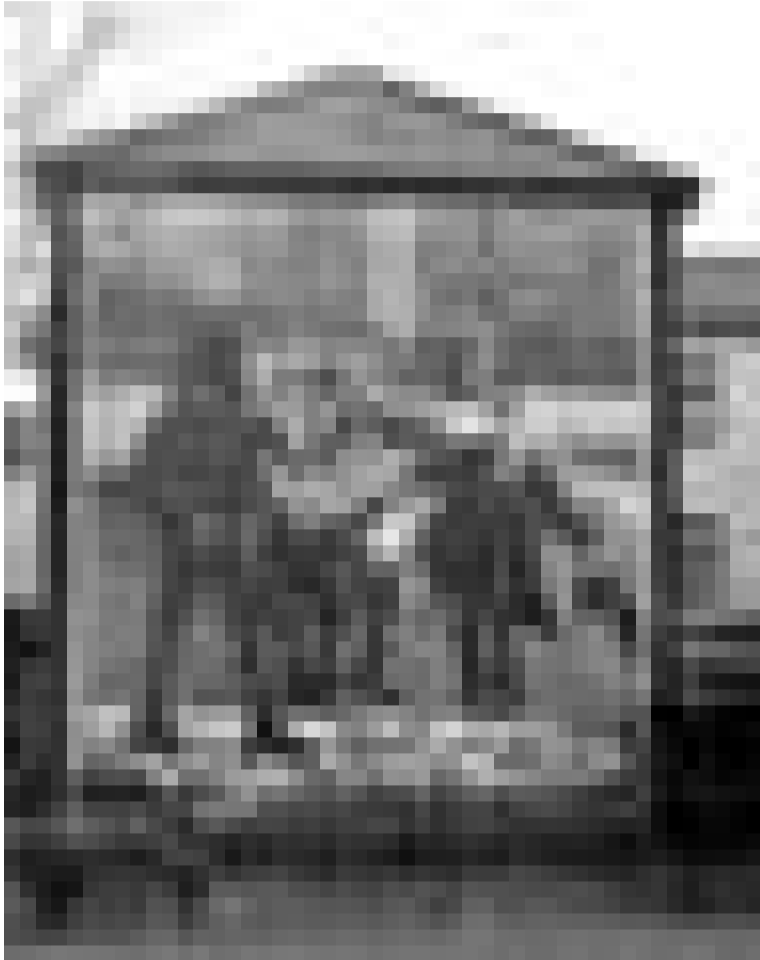


NORDIRLAND

# Wirren der Wahrheitsfindung



Nordirische Erinnerungskultur: Wandbild zur Erinnerung an den "Bloody Sunday" im Stadtviertel Bogside, Derry. (Foto: Sean Mack)

**Die katholische Sinn Féin hat die nordirische Polizei anerkannt. Enthüllungen über die Zusammenarbeit der nordirischen Polizei mit loyalistischen paramilitärischen Truppen erschweren jedoch die Bildung einer Regionalregierung.**

Nuala O'Loan ist eine kleine, unscheinbare Frau mit perfekt sitzender Frisur. Ihre Arbeit bringt ihr viel Respekt ein, ebenso löst sie Ehrfurcht bei anderen aus, denn das, was die 58jährige zierliche Frau macht, ist unbequem: Sie ist Sonderermittlerin und Ombudsfrau der nordirischen Polizei, eine neu geschaffene Stelle im Zuge des Karfreitagsabkommens aus dem Jahr 1998. Der Job der Engländerin ist es, bislang ungeklärte Mordfälle in Nordirland zu untersuchen und für Aufklärung zu sorgen. Seit 1969 wurden über 3.600 Menschen in dem Konflikt zwischen Nationalisten und Loyalisten ermordet. Viele der Morde wurden bis heute nicht aufgeklärt.

Auch der 22jährige Protestant Raymond McCourt ist einer der Ermordeten, er wurde 1997 in Belfast von Angehörigen der englandtreuen Terrorgruppe UVF (Ulster Volunteer Force) zu Tode geprügelt. Sein Vater kämpfte seitdem für die Aufklärung. Er behauptete standhaft, er habe Beweise dafür, dass der damalige Chef der UVF von der Polizei geschützt worden sei, weil er als Informant für sie tätig war. Da die nordirischen Polizeibehörden nicht reagierten, wandte McCourt sich schließlich an O'Loan.

Über drei Jahre dauerten ihre Untersuchungen, und sie brachten viel Neues zu Tage: "Wir hatten ursprünglich nur die Ermittlungen in diesem Mordfall, bis wir auf viele weitere gestoßen sind", sagte O'Loan am Tag der Veröffentlichung des Berichts am Dienstag vergangener Woche in Belfast. Demnach haben Mitglie-

der der UVF in den Neunzigerjahren alleine in Nordbelfast mindestens 15 Menschen ermordet und weitere Straftaten begangen, ohne dass ihnen ernsthaft eine Strafverfolgung drohte. "Sie hätten dies nicht ohne das Wissen und die Unterstützung der nordirischen Polizei, auch in den höchsten Rängen, tun können", sagte O'Loan.

Die ehemalige Anwältin findet in dem Bericht deutliche Worte. Sie spricht von Kollaboration, von Verfehlungen hoher Offiziere, von vertuschten Informationen und verschwundenen Akten.

## Geringes Vertrauen

Vor allem die Partei Sinn Féin hat sich bislang geweigert, in einer künftigen gemeinsamen Provinzregierung uneingeschränkt mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Sie begründete ihre Weigerung mit deren innigem Verhältnis zum ehemaligen protestantischen Untergrund. Das dürfte sich in Zukunft ändern: Am Sonntag stimmten die Delegierten von Sinn Féin für die Anerkennung der nordirischen Polizei und Justiz. Die Entscheidung sei "im nationalen Interesse" gefallen, sagte der Parteivorsitzende Gerry Adams, und gebe Sinn Féin politische Stärke. Der Schritt müsse jetzt vollzogen werden, betonten andere Redner, denn damit sei auch der letzte Vorwand beseitigt, Sinn Féin auszugrenzen.

Die Bildung einer nordirischen Regionalregierung bleibt dennoch schwer. Durch die Untersuchungen von O'Loan werde nun das öffentlich bekannt, was "nie Gehör fand und ignoriert wurde", sagte Martin McGuinness, der stellvertretende Vorsitzende von Sinn Féin. Die Untersuchungen "zeigen nur die Spitze des Eisbergs und belegen, dass dies die institutionalisierte Praxis des Staates war, um Republikaner zu terrorisieren".

Nur der damalige Chef der nordirischen Polizei Royal Ulster Constabulary (RUC), Ronnie O'Flanagan, mittlerweile zum "Sir" geadelt und Direktor der königlichen Polizeiinspektionsbehörde in London, wehrte sich gegen die Anschuldigungen, er sei an den Verfehlungen beteiligt gewesen. Einige Politiker fordern nun seinen Rücktritt.

Was O'Loan aufdeckte, ist eine Folge des 30jährigen Bürgerkriegs, der troubles, wie dieser Krieg vereinfachend im Norden und Süden der grünen Insel genannt wird. Das, was sich hinter diesem simplen Wort verbirgt, zeichnet sich allerdings unter anderem durch höchst komplexe und geheime Strukturen innerhalb der Justizbehörden und der nordirischen Polizei aus.

Die RUC rekrutierte sich hauptsächlich aus Protestanten. Im Zuge des Karfreitagsabkommens änderte die Behörde nicht nur ihren Namen in "Police Service of Northern Ireland" (PSNI), sondern auch ihre Einstellungs-

politik: Katholiken und Protestanten sollen in Zukunft gleich behandelt werden. Nach wie vor glauben allerdings viele Republikaner und Katholiken, der neue Name der Behörde sei nur ein anderer Name für dasselbe Problem. Das Vertrauen in die reformierte Polizei ist gering, denn seit Jahren schon war die Kollaboration zwischen Angehörigen des polizeilichen Geheimdienstes, der Special Branch, und paramilitärischen Milizen ein offenes Geheimnis.

## Streit um Kontrolle der Polizei

Auch einige nordirische Medien haben immer wieder über diese Netzwerke recherchiert. Im Jahr 2001 kostete dies einen Reporter der "Sunday World" das Leben. Der 51jährige Journalist Martin O'Hagen wurde von Angehörigen einer Untergruppe der UVF, den "Red Hand Defenders", erschossen, nachdem er immer wieder über Polizeigewalt, die Drogengeschäfte von Polizeiangehörigen und die Beziehungen der Paramilitärs zur Polizei geschrieben hatte. Bis heute sind die Mörder nicht gefasst, obwohl die Namen bekannt sind. Freunde und Kollegen von O'Hagen vermuten, dass auch die Täter von Polizeikräften gedeckt werden, weil sie im Dienste Ihrer Majestät gestanden haben könnten.

Im Oktober 2002 wurde das nordirische Regionalparlament nach einem Spionageskandal suspendiert, seitdem wird Nordirland von der britischen Regierung verwaltet. Ein Jahr später gingen Sinn Féin und die radikale protestantische Partei Democratic Unionist Party (DUP) als Sieger aus den Regionalparlamentswahlen hervor. Sie schafften es bislang allerdings nicht, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Eigentlich sollte dies dem Zeitplan der irischen und britischen Regierung zufolge bis November vergangenen Jahres geschehen sein. Doch der Plan wurde nicht eingehalten, weil sich die Mitglieder von Sinn Féin nicht darüber einigen konnten, wie die Reform der Polizei zu bewerten sei.

Anfang März stehen erneut Wahlen zur nordirischen Nationalversammlung an. Gerry Adams und sein Stellvertreter McGuinness fordern, dass der von der britischen Regierung kontrollierte Polizei- und Justizapparat ab Mai 2008 von der Regionalregierung kontrolliert werden. Die DUP lehnt dies jedoch ab. Die pro-britischen Hardliner wollen, dass die britische Regierung und deren Geheimdienste auch künftig über die Sicherheitskräfte in Nordirland verfügen.

Obwohl die große Mehrheit der Delegierten von Sinn Féin am Sonntag dem Antrag der Parteiführung zustimmte, war die Entscheidung unter den nordirischen Katholiken umstritten. Das Ergebnis der Untersuchung der Ombudsfrau O'Loan kam zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.

Petra Tabeling

## Bloody Sunday forever?

(tofu) - "How long must we sing this song" - als die Rockband "U2" 1983 mit ihrem gleichnamigen Song an den "Bloody Sunday" erinnerte und den Refrain in die Frage "Wie lange noch?" münden ließ, hätte wohl niemand gedacht, dass es 15 weitere Jahre dauern würde, bis es zu einer gründlichen Untersuchung der Ereignisse kommen würde, die die "troubles" in Nordirland in einen handfesten Bürgerkrieg verwandelt hatten. Doch auch heute ist jene Frage noch aktuell, denn zwei Jahre nach Beendigung der Zeugenbefragungen hat die Untersuchungskommission noch immer keinen Abschlussbericht vorgelegt.

Am 30. Januar vor 35 Jahren versammelten sich in der nordirischen Stadt Derry etwa 15.000 Anhänger der Bürgerrechtsbewegung, um gegen die Internierungspolitik der britischen Regierung zu demonstrieren. Mehr als 340 Menschen saßen zu diesem Zeitpunkt in Nordirland ohne Prozess im Gefängnis, fast alles Katholiken, viele von ihnen aus Derry. Genauer gesagt aus dem Stadtteil Bogside, wo die Katholiken wohnten und wo auch die - verbotene - Demonstration stattfinden sollte. Von Folterungen im Knast war die Rede, was die Menschen zusätzlich empörte. Derrys Katholiken waren nur etwa 30.000 an der Zahl. Doch die Familien waren groß, und so hatten viele verwandtschaftliche Beziehungen zu den Inhaftierten.

Nicht nur die Zahl der Kinder war damals hoch, sondern auch die der Arbeitslosen. Die Lebensbedingungen der weitgehend besitzlosen katholisch-republikanischen Bevölkerung waren hart. Um ihre Arbeitskraft zu verkaufen, waren sie auf die protestantischen Unternehmer auf der anderen Seite des Flusses Foyle, der die Stadt teilt, angewiesen. Die indes hielten zur britischen Krone. So wurden Klassenkonflikte mit religiösen und nationalistischen Motiven vermengt - ein Amalgam, das am 30. Januar 1972 erneut brutale Wirkung entfalten sollte.

3.000 britische Soldaten waren an diesem Tag in der Stadt, darunter das erste Fallschirmjägerregiment, eine Eliteeinheit. Als es am Rand der Demonstration zu ersten Ausschreitungen kam, schlug die Einheit los. Binnen 20 Minuten wurden 13 Menschen getötet, 14 weitere verletzt. Alle waren unbewaffnet. Soviel scheint heute festzustehen, auch wenn der höchste Richter Großbritanniens zunächst der Darstellung der Soldaten folgte, auf sie sei gefeuert worden. Viele der Opfer wurden auf der Flucht erschossen. Dafür sprechen sowohl die Zeugenaussagen als auch die ballistischen Untersuchungen. Der einzige Soldat, der die Version der Bürgerrechtler bestätigte, gab zu Protokoll, ein Vorgesetzter habe die Aktion bereits im Vorfeld angekündigt: "Lasst uns den Arschlöchern eine Lektion erteilen, wir wollen morgen ein paar Tote."

Insgesamt 921 Zeugen hat die Kommission vorgeladen und über 400 Millionen Pfund ausgegeben. Doch die entscheidenden Fragen bleiben bis dato ungeklärt. Allen voran jene, ob die brutale Militäroperation womöglich gar kein Amoklauf einer Armeeeinheit, sondern vielmehr vom damaligen Premierminister Edward Heath selbst angeordnet war. Wann der Abschlussbericht veröffentlicht wird, ist nicht bekannt.

[www.bloody-sunday-inquiry.org](http://www.bloody-sunday-inquiry.org)

**Am 3. sowie am 20. Februar strahlt Arte einen preisgekrönten halbdokumentarischen Spielfilm des Regisseurs Paul Greengrass zum Thema aus.**

Petra Tabeling arbeitet als freie Autorin in Köln.